

Wahlprüfstein DIE LINKE

Young Women's International League for Peace and Freedom - Deutsche Sektion (YWILPF)

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

DIE LINKE zu den Fragen von Young Women's International League for Peace and Freedom

Erhöhung des Bundeswehretats

1. Welche Stellung beziehen Sie in der Diskussion um die Erhöhung der „Verteidigungsausgaben?“

Die LINKE sieht die Bundeswehr mehr als ausreichend finanziell ausgestattet, um ihre verfassungsgemäße Aufgabe, die Landesverteidigung, erfüllen zu können (sie ist mit 37 Mrd. Euro Budget die zweitgrößte Armee der europäischen NATO-Staaten). Die Realisierung des Zwei-Prozent-Ziels, d.h. die faktische Verdoppelung des Verteidigungsaushalts, wie von US-Präsident Trump gefordert, lehnen wir ab. Dies wäre nicht nur ein inakzeptabler Abfluss gesellschaftlicher Ressourcen, die für die Erneuerung der Infrastruktur und die Stärkung der Daseinsvorsorge dringend gebraucht werden. Der Umstand, dass schon die Bundesrepublik bei den Verteidigungsausgaben dann mit Russland gleichziehen würde (bei einer durchschnittlich zwei- bis dreifachen militärischen Überlegenheit allein der europäischen NATO-Staaten schon jetzt) zeigt die militärische Sinnlosigkeit, und das verheerende sicherheitspolitische Signal, das davon in Richtung Osten ausgehen würde. Der Finanzbedarf, um bestimmte derzeitige Mängel in der Materialerhaltung zu beseitigen, muss vielmehr innerhalb des Verteidigungshaushalts gedeckt werden, v.a. durch die Einstellung und Nicht-Auflegung von milliarden schweren Rüstungsbeschaffungsprojekten mit Auslandseinsatzspezifik, wie z.B. der Kampfdrohne HERON TP, oder auch MKS 180, TRITON und das TLVS.

Rüstungsexport

2. Werden Sie sich für eine drastische Reduzierung deutscher Waffenexporte - insbesondere in Drittländer und Krisenregionen - einsetzen? Werden Sie gegen die Lieferung von Kleinwaffen und Munition an Diktaturen und unsichere Staaten stimmen und sich für eine restriktive Kontrolle sogenannter Endverbleibserklärungen einsetzen?

Die LINKE stellt im Bundestag die einzige Fraktion, die ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten fordert. Die Fraktion DIE LINKE will, dass deutsche Politik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. In dieser Welt haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Wir unterstützen deshalb auch die Forderung der Aktion Aufschrei, ein Verbot solcher Exporte im Grundgesetz festzuschreiben.

Die LINKE begrüßt die Initiative, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu erlassen. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Jedoch darf ein solches Gesetz keinesfalls nur die politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Waffenexport in Gesetzesrang erheben, so die Forderung von SPD und Grünen. Denn schließlich erlaubt die Formulierung dieser politischen Grundsätze auch alle momentanen Waffenexporte: Insbesondere die Umschreibung, die Bundesregierung würde ‚grundsätzlich keine Waffenexporte genehmigen wenn ...‘, ist eine juristische Finte. Unwirksame Forderungen in Gesetzesrang zu erheben macht die Forderungen wenig hilfreich. Ein solches Gesetz müsste daher vielmehr mit seinen Bestimmungen ein vollständiges Waffenexportverbot regeln.

Die LINKE setzt sich für ein sofortiges Verbot des Exports aller Kleinwaffen aus Deutschland ein. Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren Gesellschaften. Bei einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30 bis 50 Jahren stellt ihre massenhafte Verbreitung ein ernsthaftes Problem für den Frieden und die Sicherheit vieler Gesellschaften vor allem im globalen Süden dar. Wenn heute die Bundesregierung einen Export von Kleinwaffen genehmigt, werden noch in einem halben Jahrhundert Menschen mit diesen deutschen Kleinwaffen getötet werden. Das Kleinwaffen-Exportverbot sollte uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind nicht sinnvoll. Sie böten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an Zwischenhändler in anderen Staaten. Eine Kontrolle der sogenannten Endverbleibserklärung wäre wünschenswert, ist jedoch nicht realistisch, denn Vor-Ort-Überprüfungen der Einhaltung dieser Erklärungen wären in den meisten Fällen leicht zu umgehen. Stattdessen muss nicht nur der Export von Waffen, sondern auch der Export von Produktionslizenzen der Rüstungswirtschaft und auch der Export von Maschinen und Ausrüstung zur Waffenproduktion verboten werden. Wir fordern ein sofortiges Ende der Unterstützung der Rüstungsindustrie durch staatliche Hermesbürgschaften und andere Exporthilfen von Seiten der Bundesrepublik.

Bewaffnete Drohnen

3. Treten Sie dafür ein, dass die Bundeswehr auch in Zukunft auf die Anschaffung und den Einsatz von bewaffneten Drohnen verzichtet?

Wir treten dafür ein, dass die Bundeswehr keine Kampfdrohnen anschafft oder sich am Betrieb solcher Systeme (z.B. im Ausland) beteiligt. Die Linke befürwortet eine deutsche Initiative, um alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) im Rahmen einer internationalen Konvention zu ächten, und somit von vorn herein auszuschließen, dass auch die Bundesrepublik in Zukunft die völkerrechtswidrigen gezielten Tötungen mit diesen Waffen praktizieren könnte. Gleichzeitig wenden wir uns entschieden dagegen, dass die US-Basis Ramstein zur Signalweiterleitung für gezielte Tötungen durch die Kampfdrohnen der US-Armee und der CIA gebraucht wird. Diese fortgesetzte Verletzung internationalen Rechts von deutschem Boden aus ist ein weiterer Beleg für die Wichtigkeit der Forderung unserer Partei, die militärischen Strukturen der NATO auf dem Territorium der Bundesrepublik zu schließen.

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland

4. Setzen Sie sich für einen Abzug aller Nuklearsprengköpfe aus Deutschland ein?

Unterstützen Sie die UN-Initiative für eine nuklearwaffenfreie Welt? Sind Sie dafür, dass auch die NATO auf Atomwaffen verzichtet?

Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land. Die LINKE lehnt eine weitere Beteiligung an der US-geführten ‚nuklearen Teilhabe‘ ab und fordert den Abzug aller Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik. Die Bundeswehr darf keine Trägerflugzeuge für den Abwurf von Atomwaffen mehr bereitstellen. Die LINKE wendet sich auch kategorisch gegen alle Ambitionen, eine deutsche oder europäische Kernwaffenfähigkeit zu erlangen. Stattdessen treten wir dafür ein, dass die Bundesrepublik die Initiative verschiedener nicht-paktgebundener Staaten unterstützt, ein allgemeines Verbot von Kernwaffen zu erreichen. Die LINKE setzt sich daher nachdrücklich dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Boycott-Haltung gegenüber dem Kernwaffenverbots-Vertrag aufgibt, der im Juli dieses Jahres von einer großen Mehrheit aller UN-Staaten in Kraft gesetzt worden ist. Die Bundesrepublik sollte jetzt Initiative zeigen und diesen Vertrag als eines der ersten westlichen Länder ratifizieren.

Zivile Konfliktlösung und Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen

5. Setzen Sie sich aktiv für die Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 ff (Beteiligung von Frauen an allen Konfliktlösungsfällen) im Sinne des aktuellen NAP 2017-2020 (Nationaler Aktionsplan) zum Schutz von Frauen und zu ihrer Beteiligung an Friedentischen und Konfliktlösungsmechanismen ein? Welchen Stellenwert sehen Sie in einer adäquaten und substantiellen Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauengruppen am Prozess der Umsetzung?

DIE LINKE hat sich mehr als zehn Jahre lang gemeinsam mit Organisationen der Frauen-, Friedens- und Entwicklungsbewegungen für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 und folgende eingesetzt. Wir haben dabei insbesondere darauf gedrungen, dass die Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung des Aktionsplans einbezogen wird und dass dieser finanziell untersetzt wird. Leider fehlen auch in der Neuauflage des Aktionsplans eine Beschreibung des Ist-Zustands, klare Ziele, die erreicht werden sollen und Indikatoren, woran das Erreichen oder Nichterreichen dieser Ziele erkennbar wäre. Unsere Hauptsorge aber bleibt, dass die Bundesregierung die 1325-Agenda benutzt, um Kriege zu legitimieren, wie wir das z. B. beim Afghanistan Einsatz gesehen haben, der vorgeblich für Frauenrechte geführt wurde. Wir möchten, dass die UN-Resolution 1325 als ein völkerrechtlich legitimes Instrument genutzt wird, um Frieden zu befördern, um Gewaltkonflikte zu verhindern und Frauen und Mädchen zu schützen. Dieses Schützen kann jedoch nicht militärisch passieren.

Gewalt gegen Frauen, insbesondere geflüchtete Frauen

6. Welchen Stellenwert räumen Sie einem besonderen Schutzbedürfnis von Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt auf der Flucht und insbesondere in entsprechenden Unterkünften in Deutschland ein? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie einsetzen, um dem besonderen Schutzbedürfnis von Frauen gerecht zu werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen in sogenannte sichere Herkunftsländer abgeschoben werden, in welchen sie erneut unter geschlechtsspezifischer Verfolgung leiden würden?

DIE LINKE will die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten schnellstens wieder zurücknehmen und wieder von der Möglichkeit beschleunigter, schriftlicher Anerkennungsverfahren Gebrauch machen. Legale Einreisemöglichkeiten sind der beste Schutz.

Dauerhaft finanzierte Schutzkonzepte für Gemeinschaftsunterkünfte und ein geschultes Betreuungspersonal, das diese auch in der Praxis durchsetzen kann, sind dringend erforderlich. Denn Übergriffe auf geflüchtete Frauen und Kinder können vor allem deshalb geschehen, weil die Unterbringung in großen Einrichtungen keine Privatsphäre und keinen Schutzraum bietet (Räume

sind oft nicht abschließbar, gemeinsame Nutzung von sanitären Anlagen usw.). Perspektivisch tritt DIE LINKE jedoch für eine dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein, möglichst in privaten Wohnungen. Das ist nicht nur menschenwürdig und fördert die Integration, sondern erhöht auch den Schutz vor Gewalt.

Niemand darf in Verhältnisse abgeschoben werden, in denen Leben und Würde permanent in Gefahr sind. An die Stelle des Konstrukts 'sichere Herkunftsstaaten' muss eine intensive und großzügige Prüfung treten.

Frauen- und Mädchenhandel in die Zwangsprostitution

7. Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, um die Frauen und Kinder zu schützen, die insbesondere aus den Flüchtlingslagern in die Zwangsprostitution gehandelt werden?

DIE LINKE möchte allen Unterstützungsformen gegen alle Formen des Menschenhandels ausreichend personelle als auch finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Selbstvertretungsorganisationen möchten wir besonders unterstützen. Um Frauen und Kinder aus Flüchtlingslagern vor sexueller Ausbeutung zu schützen, wollen wir hierfür ausreichende Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen des betreuenden Personals, der Polizei und der Justiz etablieren und neue Infokampagnen zur Bewusstseinsbildung mobilisieren. Wir wollen einen gesamtstaatlichen bundesweiten Aktionsplan – einschl. einer Koordinierungsstelle – zur Bekämpfung von Menschenhandel, insbesondere zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, erstellen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Herkunft frühzeitig einen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten. Wir unterstützen niedrigschwellige Angebote für geflüchtete Frauen und wollen sie durch spezifische Empowermentkurse und -angebote stärken.

Ein sicherer Fluchtweg, eine Verkürzung der Asylverfahren, die zügige Feststellung und Anerkennung vorhandener Qualifikationen und der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Wartefristen tragen wesentlich dazu bei, geflüchtete Frauen und Kinder vor jeder Form des Menschenhandels zu schützen.

Bildung geflüchteter Frauen und Mädchen

8. Werden Sie die Bildungs- und Integrationschancen für geflüchtete Frauen und Mädchen vermehrt fördern?

Ja, wir werden ein flächendeckendes Programm auflegen, um auch geflüchtete Frauen und Mädchen dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das beinhaltet, dass Sprachkurse in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und vor allem auch durch Kinderbetreuung ergänzt werden. Des Weiteren wollen wir Frauen und Mädchen durch Empowermentkurse und -angebote unterstützen (s. Frage 7).

Wichtig ist zudem die Verkürzung der Asylverfahren, die zügige Feststellung und Anerkennung vorhandener Qualifikationen und der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Wartefristen. (Unsere Forderungen befinden sich detailliert in den Anträgen 18/6644 und 18/9190).

Bereitstellung von Fördergeldern für geflüchtete Frauen und Mädchen

9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gelder für geflüchtete Frauen in Zukunft nachhaltiger vergeben werden?

Ja, auf jeden Fall. Wir wollen z.B. ein bundeseinheitliches gut ausgestattetes und dauerhaft finanziertes Gewaltschutzsystem, das den Anforderungen der internationalen Menschenrechte entspricht. Nur mit einer festen Finanzierung, die im Haushaltsplan einen festen Budget einnimmt, lässt sich Gewalt an geflüchteten Frauen nachhaltig vermeiden (s. Frage 7).